

**Schriften zum Umweltrecht**

---

**Band 70**

**Risikoregulierung  
durch Umwelthaftung  
und Versicherung**

**Von**

**Christian Herbst**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**CHRISTIAN HERBST**

**Risikoregulierung durch Umwelthaftung  
und Versicherung**

# **Schriften zum Umweltrecht**

**Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin**

**Band 70**

# **Risikoregulierung durch Umwelthaftung und Versicherung**

**Von**

**Christian Herbst**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Herbst, Christian:**

Risikoregulierung durch Umwelthaftung und Versicherung /  
von Christian Herbst. – Berlin : Duncker und Humblot, 1996  
(Schriften zum Umweltrecht ; Bd. 70)

Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-428-08488-8

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 3-428-08488-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 

*Im Andenken an meinen Vater*



## Vorwort

Die Arbeit lag der Universität Bremen 1995 als Dissertation vor. Mit ihr wird der Versuch unternommen, die Steuerungsfunktionen des Instituts Umwelthaftung und Versicherung auszuloten. Im Zuge der Untersuchung wird theoretisch und praktisch herausgearbeitet, daß der Umgang mit Umwelthaftung Umgang mit Risikoinformation ist. Neben die Internalisierung von Umwelthaftungspflichten ex post tritt die Internalisierung von Risiko und Unsicherheit ex ante. Zum Umgang mit diesen Risiken und Unsicherheiten ist die Versicherungswirtschaft berufen.

Die maßgeblichen Forschungen zur Arbeit fanden in der Zeit statt, in der ich Mitglied und Stipendiat des Graduiertenkollegs "Risikoregulierung und Privatrechtssystem" an der Universität Bremen war. Eingebettet in einen regen Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern des Kollegs und eingeladenen Gästen wurde ich in dieser Zeit gefördert und unterstützt, hatte das Forum, das mir die Fertigstellung der Arbeit sehr erleichterte.

Zugleich erfuhr ich Unterstützung von Industrie und Versicherungswirtschaft bei der Durchführung meiner Befragung. So konnte Theoretisches in einem ständigen Prozeß am praktischen Beispiel überprüft und weiterentwickelt werden.

Meine Ausgangssituation war damit ideal, der Leser wird entscheiden, was daraus gemacht wurde.

Zu danken habe ich vielen: Mein Doktorvater, Prof. Dr. Gert Brüggemeier, und der Zweitkorrektor, Prof. Dr. Eike Schmidt, haben mich während der gesamten Promotionszeit vorbildlich betreut. Sie gaben Gedankenanstöße und führten durch ihren Geist, nie dagegen durch Druck. Geduldige Gesprächspartner und Zuhörer bei den zahlreichen Präsentationen von Teilergebnissen der Arbeit waren aber auch die anderen Mitglieder des Kollegs. Hier möchte ich insbesondere Prof. Dr. Dieter Hart und Prof. Dr. Christian Joerges nennen, vor allem aber Dr. Christine Godt, mit der ich gerne und viel stritt und die unermüdliche Korrekturleserin war. Danken möchte ich auch Claudio Fran-



zius, der seinen öffentlich-rechtlichen Sachverstand beisteuerte und mir half, so manche Verbindung zu knüpfen.

Bis Ende 1995 erschienene Literatur wurde noch eingearbeitet.

Berlin, im Januar 1996

*Christian Herbst*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	25
-------------------------	----

### *Erster Teil*

<b>Umwelthaftungsrisiko</b> .....	29
-----------------------------------	----

<b>A. Prävention durch Verschuldens- und Gefährdungshaftung</b> .....	29
---	----

I. Gefährdungshaftung und Verteilungsfunktion .....	29
---	----

II. Verschuldenshaftung und Prävention .....	30
--	----

III. Zweck und Wirkung der Gefährdungshaftung .....	30
---	----

IV. Wege zum optimalen Sorgfaltsmaßstab .....	33
---	----

<b>B. Ökonomische Analyse/Umwelthaftung als Internalisierung externer Effekte</b> .....	34
---	----

I. Einführende Überlegungen .....	34
-----------------------------------	----

1. Pareto-Optimum und Kreislaufvorstellung als Ausgangspunkt der Schulökonomie .....	35
--	----

2. Pareto-Optimum und Kreislaufvorstellung vor dem Hintergrund der Umweltproblematik .....	37
--	----

a) Entropiegesetz und Kreislaufvorstellung .....	37
--	----

b) Umwelt und Pareto-Optimum .....	38
------------------------------------	----

3. Lösungsansätze der klassischen Umweltökonomie .....	40
--	----

a) Pigou und der Staat .....	41
------------------------------	----

b) Coase und der Markt .....	42
------------------------------	----

c) Aktuelle Internalisierungsstrategien .....	44
---	----

II. Ökonomische Analyse des Umwelthaftungsrechts.....	45
1. Umwelthaftungsrecht und ökonomisches Grundmodell .....	46
a) Ökonomische Analyse und Verschuldenshaftung.....	47
b) Ökonomische Analyse und Gefährdungshaftung.....	48
c) Zusammenfassung zum ökonomischen Grundmodell.....	48
2. Wirkungsbrüche des Modells und ihre Auswirkung auf die Steuer- kapazität von Gefährdungs- und Verschuldenshaftung .....	49
a) Verschuldens- oder Gefährdungshaftung und pareto- optimaler Sorgfaltsstandard .....	49
b) Verschuldens- oder Gefährdungshaftung und die Quantität der Aktivität.....	50
c) Sorgfaltsstandard im Wandel.....	51
d) Verschuldens- oder Gefährdungshaftung und die Erfassung externer Effekte an der Umwelt.....	52
C. Umwelthaftungsrecht und die Erfassung, Zuordnung und Geltendmachung von Umweltschäden.....	54
I. Erfassung von Umweltschäden .....	54
1. Begriffsbestimmung Umweltschaden und Regelungskonzept der gegenwärtigen Haftungsnormen .....	55
a) Begriffsbestimmung .....	55
b) Regelungskonzept.....	56
2. Ökologischer Schaden zwischen privat-rechtlicher und öffent- lich-rechtlicher Regulierung .....	56
a) Umweltschaden als Schaden an der Allgemeinheit.....	57
b) Umwelt als Allgemeingut und verfassungsrechtliches Vorverständnis.....	57
3. Haftungsbegründender Tatbestand.....	61
a) Umwelt und zivilrechtlicher Rechtsgüterschutz nach §§ 823 I BGB, 1 UmwHG .....	61
aa) Boden .....	62
bb) Wilde Tiere.....	63
cc) Luft.....	64
dd) Wasser .....	65

b) Umwelt und zivilrechtlicher Rechtsgüterschutz nach § 22 WHG .....	66
c) Zusammenfassung zum haftungsbegründenden Tatbestand.....	67
4. Haftungsausfüllender Tatbestand.....	67
a) §§ 249 ff. BGB und §§ 1, 16 UmwHG, 823 I BGB .....	67
aa) Naturalrestitution .....	68
(1) Wiederherstellungsmöglichkeit .....	69
(2) Wiederherstellung und Verhältnismäßigkeit .....	70
bb) Schadensersatz in Geld .....	71
b) §§ 249 ff. BGB und § 22 WHG .....	73
aa) Ersatzberechtigte .....	73
bb) Vorgezogener Rechtsgüterschutz.....	74
5. Zusammenfassung .....	77
II. Verursachergerechte Zuordnung von Umweltschäden/Das Kardinalproblem Kausalität .....	78
1. Kausalitätsnachweis bei Einzelverursachung.....	81
a) Kausalitätstheorien .....	81
b) Ursachenvermutung des § 6 UmwHG .....	83
aa) Anknüpfungspunkt für die Vermutung .....	83
bb) Anforderung an die Vermutung .....	84
2. Kausalitätsnachweis bei Mehrfachverursachung.....	85
3. Umfang der Haftung bei Mehrfachverursachung.....	86
a) Komplementäre Kausalität .....	86
b) Konkurrierende Kausalität.....	87
c) Alternative Kausalität .....	87
d) Kumulative Kausalität .....	88
aa) Unaufklärbare Teilschadensverursachung.....	88
bb) Vermittelnder Lösungsvorschlag .....	90
4. Zusammenfassung .....	90
III. Individualhaftung in der sozialen Marktwirtschaft.....	91
IV. Zusammenfassung.....	92
D. Umwelthaftung und Risiko .....	92

I. Vorüberlegungen.....	93
II. Ökonomie und Risiko .....	96
1. Volkswirtschaftliche Aspekte .....	96
a) Struktur und Ursache des Risikos .....	97
b) Arten von Informationsdefiziten .....	98
c) Wissen als Wirtschaftsgut.....	99
2. Betriebswirtschaftliche Aspekte.....	102
III. Umwelthaftung bei Unsicherheit und Risiko.....	105
1. Umwelthaftung und Risiko .....	105
a) Internalisierung von Unsicherheit statt Internalisierung externer Effekte .....	105
aa) Volkswirtschaftliche Modellbildung.....	105
bb) Phänomen Unsicherheit und Risikoaversion.....	107
b) Ex ante Unsicherheit und Risiko durch Umwelthaftung .....	111
aa) Sieberts Unterscheidung .....	111
bb) Risiko und Unsicherheit bei Risikosetzung.....	113
cc) Risiko und Unsicherheit beim Schadensausmaß .....	114
dd) Risiko und Unsicherheit bei der Risikoausbreitung .....	115
2. Zusammenfassung .....	117
E. Öffentlich-rechtliche Regulierung/Umwelthaftung als mittelbare Umwelt- vorsorge .....	118
I. Handlungsformen des öffentlichen Umweltrechts.....	119
1. Umweltrecht als Ordnungsrecht.....	119
2. Neue Handlungsformen im öffentlichen Umweltrecht.....	120
a) Regulative Krise als Ausgangspunkt für die neuen Hand- lungsformen.....	120
aa) Vollzugsdefizit.....	121
bb) Verwaltung und Entscheidung .....	121
cc) Systemtheorie .....	122
b) Ausgang aus der Krise/Neue Handlungsformen .....	124
aa) Informelles Verwaltungshandeln .....	124
bb) Warnungen und Empfehlungen .....	125

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>13</b>
cc) Organisation .....	126
dd) Ökonomische Instrumente .....	127
c) Zusammenfassung .....	127
<b>II. Handlungsformen des Privatrechts in Abgrenzung zum Öffentlichen Recht .....</b>	<b>128</b>
1. Diskussion zum 56. Deutschen Juristentag .....	128
2. Privatrecht und neue Handlungsformen im Umweltrecht .....	129
3. Privatrecht und die Entwicklungslinie Rechtsstaat, Sozialstaat, Schutzstaat/Umweltstaat .....	130
4. Neue Handlungsformen und Umwelthaftungsrecht .....	131
<b>F. Zusammenfassung.....</b>	<b>133</b>

## *Zweiter Teil*

<b>Umwelthaftpflichtversicherungsrisiko</b>	<b>135</b>
<b>A. Versicherung und die Internalisierung externer Effekte .....</b>	<b>137</b>
<b>B. Versicherung und Schutzzumfang von Haftung.....</b>	<b>139</b>
<b>I. Gewässerschadenhaftpflichtversicherung.....</b>	<b>140</b>
1. Rettungskosten nach dem Versicherungsvertragsgesetz .....	140
2. Vorgezogene Rettungskosten in der Gewässerschadenhaftpflicht- versicherung.....	141
a) Überblick über die Gewässerschadenhaftpflichtversicherung.....	142
b) Regulierung von betrieblichen Altlastfällen über die Gewässerschadenhaftpflichtversicherung .....	143
3. Schlußfolgerungen für die Funktion von Rettungsmaßnahmen im Umwelthaftpflichtversicherungsbereich.....	143
<b>II. Umwelthaftpflicht-Modell .....</b>	<b>147</b>

1.	Rettungskostenersatz nach dem Umwelthaftpflicht-Modell .....	147
a)	Basisregelung .....	147
b)	Rettungskosten und Eigenschäden .....	148
aa)	Exkurs: Eigenschaden in der Gewässerschadenhaftpflichtversicherung .....	149
bb)	Ausschluß von "Eigenschäden" .....	149
c)	Zusammenfassung .....	150
2.	Rettungsobliegenheit nach dem Umwelthaftpflicht-Modell .....	150
3.	§ 62 VVG und Umwelthaftpflicht-Modell nach der Vorstellung des HUK-Verbandes .....	151
a)	Bestehende Rettungspflichten am praktischen Beispiel .....	152
b)	§ 152 VVG als Ausschluß durch die Hintertür .....	153
4.	Rettungsobliegenheit nach dem Umwelthaftpflicht-Modell/ Überblick über die gesetzliche Regelung .....	155
5.	Rettungsobliegenheit und Rettungskosten nach den §§ 62, 63 VVG/Eigene Auslegung .....	156
a)	Rettungsobliegenheit nach § 62 VVG und dem Umwelthaftpflicht-Modell .....	156
aa)	§ 62 VVG und Vorerstreckungstheorie .....	157
bb)	Vorerstreckungstheorie und Umwelthaftpflicht-Modell .....	157
cc)	Umfang der Rettungsobliegenheit nach § 62 VVG .....	159
(1)	Unmittelbar bevorstehende Feststellung des Schadens .....	159
(2)	Rettungsobliegenheit und versicherter Schaden .....	160
(3)	Zumutbarkeit und Angemessenheit der Rettungsobliegenheit .....	161
(4)	Subjektiver Tatbestand der Rettungsobliegenheit .....	161
b)	Rettungskosten nach § 63 VVG und dem Umwelthaftpflicht-Modell .....	162
aa)	Rettungskosten nach dem gesetzlichen Wortlaut .....	162
bb)	Rettungskostenersatz nach § 63 VVG und dem Umwelthaftpflicht-Modell .....	162
6.	Zusammenfassung .....	165
C.	Versicherung und Risiko .....	166

I. Versicherung und die Veränderung des Risikos .....	167
II. Versicherung und Informationsasymmetrien.....	169
1. Vertriebsweg und Information .....	170
2. Arten der Informationsasymmetrien .....	170
a) Versicherter und Versicherer .....	171
aa) Informationsvorsprung Versicherter .....	171
bb) Informationsvorsprung Versicherer .....	172
b) Vertrieb und Rückversicherung .....	173
III. Standardkatalog zur Versicherbarkeit von Risiken.....	175
1. Versicherung und Risikoformel .....	175
2. Versicherungstechnische Anforderungen.....	177
D. Versicherung und Umwelthaftpflichtrisiko .....	180
I. Problem Versicherbarkeit.....	181
1. Risiko und Unsicherheit bei Risikosetzung.....	181
2. Risiko und Unsicherheit bei Risikoausbreitung/Haftung für Normalbetriebsschäden.....	183
a) Versicherbarkeitskriterium Zufälligkeit.....	184
aa) Zufälligkeit und der betriebliche Altlastschaden in der Gewässerschadenhaftpflichtversicherung .....	184
bb) Versicherbarkeitsdiskussion bei der Erarbeitung des Umwelthaftungsgesetzes.....	185
(1) Exkurs: Ereignisbegriff Haftpflichtversicherung .....	186
(2) Zufall und Normalbetrieb .....	188
b) Versicherbarkeitskriterium Schätzbarkeit .....	190
aa) Allgemeine Überlegungen .....	191
bb) Feststellungsprinzip und Schätzbarkeit .....	192
(1) Schätzbarkeit und Gewässerschadenhaftpflichtver- sicherung .....	192
(2) Schätzbarkeit und Umwelthaftpflicht-Modell.....	193
c) Versicherbarkeitskriterium Unabhängigkeit und Größe .....	193
d) Versicherbarkeitskriterium Eindeutigkeit .....	195



aa)	Erfahrungen aus der Gewässerschadenhaftpflichtversicherung .....	195
bb)	Versicherungsfall Feststellungsprinzip .....	196
(1)	Vor- und Nachteile des Feststellungsprinzips .....	197
(2)	Beschränkungen und Erweiterungen der Wirkung des Feststellungsprinzips .....	198
(3)	Würdigung der Beschränkungen und Erweiterungen des Feststellungsprinzips .....	199
e)	Zusammenfassung .....	200
3.	Risiko und Unsicherheit bei der Höhe des Schadens .....	201
II.	Umwelthaftung und Informationsverarbeitung, eine Herausforderung an die Assekuranz .....	202
1.	Versicherungswirtschaft und Informationsgewinnung .....	202
2.	Versicherungswirtschaft und Informationsverarbeitung, -verbreitung .....	204
3.	Informationsgewinnung, -verarbeitung und -verbreitung bei der Anwendung des Umwelthaftpflicht-Modells .....	205
a)	Störfall .....	205
b)	Normalbetrieb .....	206
III.	Versicherungskrise U.S.A. ....	208
1.	Theorie von George L. Priest .....	208
2.	Versicherer als risikoaverser Entscheider .....	212
E.	Versicherungsmarkt als Versicherungsaufsichtsmarkt im Wandel .....	214
I.	Deutscher Versicherungsaufsichtsmarkt .....	214
1.	Bisherige Regelung .....	215
2.	Würdigung der bisherigen Regelung .....	215
II.	Deregulierter europäischer Versicherungsmarkt .....	217
1.	Erfolgte und geplante Veränderungen des Versicherungsaufsichtsrechts .....	217
2.	Würdigung der geplanten Veränderungen .....	219

	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	17
<b>F.</b>	<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>220</b>

*Dritter Teil*

	<b>Ergebnisse der Befragung</b>	<b>222</b>
<b>A.</b>	<b>Bewertung von Umwelthaftungsrisiken durch die Versicherungswirtschaft .....</b>	<b>223</b>
	<b>I. Industrieversicherung/Gegenwärtig.....</b>	<b>223</b>
	1. Erfassung des Risikos .....	224
	a) Versicherungsprämie.....	224
	b) Versicherungssumme.....	226
	2. Ursachen für das Dilemma der Industrieversicherung .....	227
	a) Vertriebswesen und Umsatzorientierung .....	227
	b) Rückversicherung und Umsatzorientierung .....	228
	aa) Exkurs: Rückversicherung.....	228
	(1)Obligatorische und fakultative Rückversicherung.....	229
	(2)Proportionale und nicht-proportionale Rückversicherung.....	229
	(3)Rückversicherung von Haftpflichtrisiken.....	231
	bb) Auswirkungen der Rückversicherung auf die Bewertung von Industrierisiken .....	231
	c) Maklerverbindungen.....	233
	d) Industrieverbindungen .....	234
	3. Verluste im Industriegeschäft .....	235
	a) Kostenträger Rückversicherung.....	235
	b) Kostenträger Massengeschäft .....	236
	4. Zusammenfassung .....	238
	<b>II. Industrieversicherung/Ausblick.....</b>	<b>238</b>
	<b>III. Erfahrungen der Versicherungswirtschaft mit der Deckung von Umwelthaftungsrisiken .....</b>	<b>240</b>
	1. Historischer Abriß zur Gewässerschadenhaftpflichtversicherung .....	241
	2. Andere Deckungsformen .....	242

3. Zusammenfassung .....	243
IV. Umwelthaftpflicht-Modell des HUK-Verbandes.....	243
1. Deckungsumfang .....	244
a) Feststellungsprinzip.....	244
b) Ausschlüsse im Modell.....	245
c) Serienschadenklausel.....	246
d) Zusammenfassung .....	246
2. Umsetzung des Modells.....	247
a) Deckungsbausteinmodellprinzip.....	247
b) Umwelttarif .....	248
3. Umwelthaftpflicht-Modell und Rückversicherung.....	249
a) Rückversicherungskonzept für Umwelthaftungsrisiken.....	250
aa) Reaktionen auf dem internationalen Rückversicherungsmarkt.....	250
bb) Deckungsstrategien der deutschen Rückversicherer .....	252
(1)Trennung von Normalbetrieb und Störfall .....	252
(2)Rückversicherung und Kumulrisiko.....	252
(3)Zusammenfassung/Auswirkungen auf die Deckungsvorsorge gem. § 19 UmwHG .....	254
b) Geplante Einflußnahme beim Underwriting .....	255
aa) Exkurs: Feuerindustrierversicherung.....	255
bb) Einflußnahme im Umwelthaftungsbereich.....	256
(1)Orientierung über das bestehende Umwelthaftpflichtgeschäft der Erstversicherer .....	256
(2)Beteiligung bei der Bewertung von Umwelthaftungsrisiken .....	257
V. Zusammenfassung.....	257
B. Auswirkungen von Haftung und Versicherung auf die Industrie.....	258
I. Monetäre Prävention .....	259
1. Gegenwärtige Situation.....	259
a) Kostenverursacher Umwelthaftung.....	259
b) Kostenverursacher Umwelthaftpflichtversicherung.....	260
c) Kostenverursacher Öffentliches Recht.....	262

d)	Schlußfolgerungen für die monetäre Prävention .....	262
aa)	Aussagen der Unternehmen .....	263
bb)	Aussagen der Versicherer .....	264
e)	Zusammenfassung .....	265
2.	Ausblick.....	265
a)	Kostensteigerung durch Einführung des Umwelthaftungs- gesetzes .....	266
b)	Kostensteigerung durch Zunahme der Regreßtätigkeit der Krankenversicherer.....	266
c)	Kostensteigerung durch naturwissenschaftliche Erkenntnisse ....	267
d)	Einschätzungen in Industrie und Versicherungswirtschaft.....	267
e)	Kostensteigerung durch die Einführung des Umwelt-Deckungs- modells .....	268
aa)	Monetarisierung von Umwelthaftungsrisiken durch die Versicherungswirtschaft .....	268
bb)	Monetarisierung durch die Unternehmerschaft .....	270
II.	Prävention durch autonome Risikoregulierung .....	271
1.	Gegenwärtige Situation.....	272
a)	Autonome Risikoregulierung durch die Unternehmen.....	272
b)	Autonome Risikoregulierung durch die Versicherungswirt- schaft.....	274
aa)	Risikoregulierung durch Risikoerfassung .....	275
bb)	Risikoregulierung durch Schadensbearbeitung .....	276
(1)	Befriedungsfunktion externer Schadensbearbeitung.....	277
(2)	Schadensbearbeitung im Umwelthaftungsbereich.....	278
(3)	Unterbrechung von Risikodiskursen durch externe Schadensbearbeitung .....	280
(4)	Zusammenfassung .....	281
2.	Einführung des Umwelt-Deckungsmodells.....	282
a)	Reaktionen auf das Umwelt-Deckungsmodell .....	282
aa)	Unternehmerschaft.....	282
bb)	Versicherungswirtschaft .....	283
b)	Umsetzung des Umwelt-Deckungsmodells/Einfluß auf die Wirkung von Haftung .....	284
aa)	Exkurs: allgemeine Entwicklung .....	284
bb)	Risikoregulierung durch Risikoerfassung .....	286

(1) Beispiel für die Umsetzung des Umwelt-Deckungsmodells .....	286
(2) Versicherer als Hilfspolizei der Umweltverwaltung .....	288
(3) Risikoregulierung durch die Versicherungswirtschaft jenseits öffentlich-rechtlicher Regulierung .....	289
(4) Risikoregulierung durch Risikodiskurs mit und im Unternehmen .....	294
c) Schadensbearbeitung .....	295
3. Aufgaben und Funktionen der versicherungseigenen Technik-institute .....	298
a) Entstehung der Technikinstitute .....	298
b) Von der Schadensbearbeitung zur Risikoerfassung .....	299
c) Technikinstitute und die Umsetzung des neuen Modells .....	301
C. Zusammenfassung der Befragungsergebnisse .....	302
I. Monetäre Prävention .....	302
II. Prävention durch autonome Risikoregulierung .....	303
<i>Vierter Teil</i>	
<b>Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	305
Literaturverzeichnis .....	322
Anhang .....	339

## **Abkürzungsverzeichnis**

a. A.	andere Ansicht
AbfG	Abfallgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AFB	Allgemeine Feuer Versicherungs-Bedingungen
AP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für Haftpflichtversicherung
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
Bay Vbl.	Bayerisches Verwaltungsblatt
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
begr.	begründet
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BKartellA	Bundeskartellamt
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestag Drucksache
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

ders.	derselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVS	Deutscher Versicherungs-Schutzverband e. V.
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	Eingetragener Verein
Ed.	Editor
EG	Europäische Gemeinschaft
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
fortgef.	fortgeführt
FS	Festschrift
Fußn.	Fußnote
GG	Grundgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
Hrsg.	Herausgeber
HUK-Verband	Verband der Haftpflichtversicherer, Unfallversicherer und Rechtsschutzversicherer e. V.
J. Legal. Stud.	Journal of Legal Studies
JITE	Journal Institutional Theoretical Economics
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LMC	London Market Clause
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Ms.	Manuskript
Mü-Ko	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NuR	Natur und Recht
OLG	Oberlandesgericht
PHI	Produkt- und Umwelthaftpflicht international - Recht und Versicherung
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz

Quart. J. Econom.	The Quarterly Journal of Economics
Rdnr.	Randnummer
RG	Reichsgericht
Rspr.	Rechtsprechung
s. o.	siehe oben
S./s.	Seite, Satz/siehe
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB	Sozialgesetzbuch
SozR	Sozialrecht
U.S.A.	United States of America
Überbl.	Überblick
UGB	Umweltgesetzbuch
Umwelthaftpflicht-Modell	Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Versicherung der Haftpflicht wegen Schäden durch Umwelteinwirkungen
UmwHG	Umwelthaftungsgesetz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UTR	Schriftenreihe der Forschungsstelle für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VP	Die Versicherungspraxis
VP	Die Versicherungspraxis
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft
VWL	Volkswirtschaftslehre
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHG-Zusatzdeckung	Zusatzbedingungen zur Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung für die Versicherung der Haftpflicht aus Gewässerschäden
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
Yale L. J.	Yale Law Journal



<b>ZAU</b>	<b>Zeitschrift für angewandte Umweltforschung</b>
<b>ZfU</b>	<b>Zeitschrift für Umweltpolitik</b>
<b>ZfV</b>	<b>Zeitschrift für Versicherungswesen</b>
<b>ZGSStW</b>	<b>Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft</b>
<b>Ziff.</b>	<b>Ziffer</b>
<b>ZPO</b>	<b>Zivilprozeßordnung</b>
<b>ZRP</b>	<b>Zeitschrift für Rechtspolitik</b>
<b>ZVersWiss</b>	<b>Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft</b>

## Einleitung

Diese Arbeit ist im Rahmen eines DFG-Graduiertenkollegs in Bremen entstanden, das den Namen *Risikoregulierung und Privatrechtssystem* trägt.

Bereits die Aufgabenstellung dieses Kollegs mag überraschen, werden doch Risikodiskurse herkömmlicherweise im Rahmen des Öffentlichen Rechts geführt.

Indes sieht sich klassische Risikoverwaltung im Rahmen des öffentlichen Rechts mit spezifischen Problemen konfrontiert:

Die staatlich-hierarchisch organisierte öffentliche Verwaltung wird mit Risikoentscheidungen konfrontiert, die sie vor dem Hintergrund immer komplexerer und komplizierterer Problemzusammenhänge treffen muß.

Die Fortentwicklung von Wissenschaft und Technologie verläuft in zunehmend hohen Geschwindigkeiten.<sup>1</sup> Jede neue Erkenntnis wirft eine Vielzahl neuer Fragen auf.<sup>2</sup> Die Welt wird mit einer Inflation von Unwissenheit konfrontiert.<sup>3</sup>

Dieses Problem verschärft sich, wenn man weiterhin betrachtet, daß staatliches Handeln, das Risiken zu regulieren sucht, im Regelfall zu spät ansetzt. Kommunikationstechnologie und Datenschutz, Atomenergie und körperliche Unversehrtheit, Mobilität und Transport und Verkehrsregulierung. Der Staat muß regulieren, was ihm vorgesetzt wird. In einer Wachstumsgesellschaft, die auf neue Produkte und Produktionsformen angewiesen ist, läuft ein von oben nach unten regulierender Staat immer Gefahr, zum Nachbesserer zu verkommen.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu aus soziologischer Sicht nur *Beck*, Risikogesellschaft, 1986; *ders.*, (Hrsg.), Politik in der Risikogesellschaft, 1991 und aus juristischer Sicht, *Denninger*, KritV 75 (1992), 123-139; *ders.*, KJ 1988, 1 ff.

<sup>2</sup> Vgl. *Perrow*, Normale Katastrophen, 1987, der darauf hinweist, daß technologischer Fortschritt nicht nur Sicherheit, sondern auch Gefahren schafft, vor denen auch die ausgefeiltesten Sicherungssysteme nicht umfassend schützen können.

<sup>3</sup> *Willke*, Ironie des Staates, 1992, der aus diesem Grunde vom Staat die Schaffung einer wissensbasierten Infrastruktur fordert, 262 ff.

Zudem treten diese zunehmend komplexen Risiken innerhalb von Systemen auf, die autonom und selbstreflexiv sind.<sup>4</sup> Soweit sie durch den Staat reguliert werden sollen, muß diese Eigenständigkeit mitgedacht werden. Andernfalls läuft staatliche Regulierung Gefahr, intendierte Ziele nicht zu erfüllen. Vielmehr sind dann nichtbeabsichtigte Störungen in den Systemen zu vergegenwärtigen.

Die Gefahr der Ineffizienz bei staatlicher Regulierung wird auch von den Ökonomen - wenn auch aus anderen Gründen - hervorgehoben. Insbesondere die Monetaristen der Chigagoer Schule<sup>5</sup> haben eine Deregulierungsdiskussion heraufbeschworen, die auf der europäischen Ebene auf fruchtbaren Nährboden gestoßen ist und eine anhaltende Diskussion auslöste.<sup>6</sup>

Wenn im Graduiertenkolleg der *Risikodiskurs* nicht auf öffentlich-rechtlicher Ebene, sondern gerade im Rahmen des Privatrechts geführt wurde, so war dieser Hintergrund dafür ausschlaggebend.

Dies, weil Risikoregulierung durch Privatrecht immer auch Regulierung unter aktiver Einbeziehung der betroffenen Parteien und der Wirtschaft ist. Der Adressat des Verwaltungsakts mutiert zum agierenden Partner.

Ob man im Wettbewerbsrecht die umweltbezogene Werbung, im Haftungsrecht das Entstehen für Umweltschäden oder im Vertragsrecht die Berücksichtigung von Allgemeininteressen diskutiert; Privatrecht knüpft immer an Eigeninitiativen an, will Marktteilnehmer motivieren und reguliert und agiert dabei innerhalb der betroffenen Systeme und Märkte.

Innerhalb des Kollegdiskurses ging es dabei, das sei klarstellend gesagt, nie um ein Entweder-Oder zwischen Privatrecht und Öffentlichem Recht. Relevant war vielmehr die Frage, wie und wo das Privatrecht Vollzugsdefizite des Öffentlichen Rechts ausgleichen, Regulierungsdefizite kompensieren und Eigeninitiativen von Beteiligten und Betroffenen fördern kann.

---

<sup>4</sup> Den Blick hierfür hat die Systemtheorie geschärft. *Luhmann*, Die Wirtschaft der Gesellschaft, 1988; Die Wissenschaft der Gesellschaft, 1990 und, grundlegend, Soziale Systeme, 1984.

<sup>5</sup> Der bekannteste Vertreter dieser liberalen Richtung ist *Friedman*, der die Meinung vertritt, daß die freie Marktwirtschaft die beste Sozialpolitik sei, vgl. von ihm nur Kapitalismus und Freiheit, 1984, und Chancen, die ich meine - ein persönliches Bekenntnis, 1983.

<sup>6</sup> Vgl. für Deutschland nur die Berichte der Deregulierungskommission, Marktöffnung und Wettbewerb, 1990 und 1991; differenzierend für die europäischen Entwicklungen dagegen *Joerges*, in: G. Majone (ed.), Deregulation or Reregulation? Regulatory Reform in Europe and the United States, 1990, 176.

An dieser Stelle setzt die Arbeit an. Der Verfasser will die Möglichkeiten der Selbstregulierung von Risiken innerhalb des Wirtschaftssystems thematisieren. Hierfür werden Wirtschaftssubjekte betrachtet, die mit Risikoregulierung umgehen, also auf der einen Seite die risikoverursachende Industrie und auf der anderen Seite, die diese Risiken versichernde Assekuranz. Ist eine von wirtschaftlichen Eigeninteressen geleitete Risikoregulierung durch diese Parteien denkbar?

Als Anknüpfungspunkt für eine derartige Betrachtung bot sich das in der Praxis vieldiskutierte Umwelthaftungsrecht und dessen Versicherung an.

Im Umweltbereich werden die Grenzen einer klassischen öffentlich-rechtlichen Regulierung bereits ausdrücklich diskutiert.<sup>7</sup> Es gibt wohl kaum einen Bereich, in dem öffentlich-rechtliche Regulierung ein so enges Netz von Genehmigungen und Auflagen gesponnen hat, gleichzeitig aber auch kaum einen Bereich, in dem annähernd soviel neuartige Regulierungsmethoden eingesetzt werden.<sup>8</sup> Als eine derartige neue Methode kann auch das UmwHG angesehen werden, mit dem der Gesetzgeber ausdrücklich auch regulative Zwecke verfolgt.<sup>9</sup>

Im Haftungsrecht, das klassischerweise durch seine Wiedergutmachungsfunktion geprägt war, treffen damit verschiedenste Entwicklungen aufeinander.

Haftungsrecht soll zum einen regulierende Funktionen übernehmen, das öffentliche Recht also ergänzen.

Haftungsrecht kann weiterhin ganz im Sinne der Systemtheorie als reflexives Recht bezeichnet werden. Nach dem Motto *Mach, was Du willst, aber wenn es schief geht, steh dafür ein*, soll Haftungsrecht ein Instrumentarium sein, um Anreize für Selbstregulierung zu schaffen.

Und Haftungsrecht ist schließlich der Rechtsbereich, in dem die Ökonomische Analyse am weitesten fortgeschritten ist. Sie betrachtet Umwelthaftungsrecht als Internalisierungsinstrument für externe Effekte. Daher kann aus ihrem

---

<sup>7</sup> Vgl. hierzu das von Kloepfer herausgegebene Buch Umweltstaat, 1989.

<sup>8</sup> Man denke an die Verpackungsverordnung oder § 52a BImSchG. Kloepfer, JZ, 1991, 738, 738; ders., Zur Rechtsumbildung durch Umweltschutz, 1990, 1 ff., weist darauf hin, daß sich das Umweltrecht zum Regelungslaboratorium der gesamten Rechtsordnung herausgebildet hat.

<sup>9</sup> Vgl. nur die Begründung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung, A. Allgemeiner Teil, II, BT-Drucksache 11/7104, abgedruckt in Landsberg/Lülling, Umwelthaftungsrecht, 1991, 361, 381-382.